



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Schluss mit der Verzögerungstaktik – Bayern jetzt modernisieren – Investitionsplan und Haushaltsentwurf 2026/2027 fristgerecht vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Realisierung der Investitionen aus den Landesmitteln des Sondervermögens des Bundes, einen Investitionsplan für die vorgesehenen zwölf Jahre aufzustellen. Dabei sollen konkrete Zielvorgaben aufgenommen werden, die eine echte Erfolgskontrolle ermöglichen.

Der Landtag stellt fest, dass das Geld da investiert werden soll, wo es den Menschen und den Unternehmen langfristigen Nutzen bringt:

- in die Sanierung der Schulen, Kitas und die Rettung der Schwimmbäder in Bayern,
- in bezahlbaren Wohnraum,
- in die Verkehrsinfrastruktur für Schiene und Bus und die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität.

Ein großer Teil dieser Investitionen soll auf kommunaler Ebene geleistet werden. Daher sollen die Kommunen dauerhaft finanziell gestärkt werden.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, den Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 unmittelbar nach der Sommerpause dem Landtag zuzuleiten, um das Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes zum 1. Januar 2026 zu ermöglichen.

Begründung:

Der notwendige gesamtwirtschaftliche Investitionsbedarf ist auch in Bayern und seinen Kommunen sehr hoch, insbesondere im öffentlichen Sektor. Das geplante Sondervermögen des Bundes bietet große Chancen, um auch in Bayern eine stabile, besser funktionierende Infrastruktur aufzubauen und Klimaneutralität schneller erreichen zu können. Bayern braucht eine Schulbau- und Schulsanierungsoffensive mit hohem Mitteleinsatz. Kinderbetreuung muss verlässlich für alle Eltern angeboten werden.

Hier dürfen die Kommunen nicht alleine gelassen werden. Dem Schwimmbadsterben in Bayern muss Einhalt geboten werden.

Wohnen darf kein Luxus sein: wir brauchen ein Programm für tausende zusätzliche neue bezahlbare Wohnungen.

Bayern braucht Investitionen in die Schiene, Busverbindungen und E-Ladeinfrastruktur – auch für E-Busse und E-LKWs. Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) muss weiter elektrifiziert, stillgelegte Strecken reaktiviert werden. Der Sanierungsstau bei den Staatstraßen muss beseitigt, staatlichen und kommunale Brücken saniert werden.

Angekündigte Bundesmittel dürfen keine Ausrede sein, die Haushaltsplanung auf Landesebene weiterhin zu verzögern.

Bayern kann und braucht nicht länger zu warten. Deshalb müssen die Planungen für die Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen unmittelbar beginnen und der Doppelhaushalt 2026/2027 darf nicht weiter verzögert werden. Er muss – wie es die Haushaltsordnung vorsieht – im Herbst im Landtag beraten werden und zum 1. Januar 2026 in Kraft treten.